



Zurückgeblickt:

Deprimierende Verfassung

Von Dirk Iding

Die wohl klügste, wenn auch ziemlich deftige Bemerkung während der mehr als zweistündigen, hoch-emotionalen Diskussion im Grünen-Ortsverband am Donnerstagabend machte Alois Reichenbach. Der Klein-Auheimer ist erst seit einigen Monaten im Grünen-Ortsverband Hanau aktiv, doch für diese Erkenntnis hat es gereicht: „Ich finde es richtig scheiße, wie die Hanauer Grünen miteinander umgehen.“

Jenseits von politischen Inhalten ist es ein geradezu erschütterndes Bild, das die zweitstärkste Kraft im sich wieder anbahnenden Viererbündnis abgibt, das sich anschickt, Hanau fünf weitere Jahre zu regieren. Diese Grünen werden auf Dauer mehr mit sich als mit den Geschicken dieser Stadt zu tun haben. Und dazu tragen weniger die offenkundig gewordenen politisch-inhaltlichen Differenzen in Ortsverband und Fraktion bei, als vielmehr die bei den Hanauer Grünen offensichtlich vollkommen unterentwickelte Fähigkeit, mit anderslautenden Meinungen auf einer sachlichen Ebene umgehen zu können. In einer von Misstrauen, gegenseitigen Vorwürfen bis hin zur persönlichen Beleidigung und Drohungen geprägten Atmosphäre kann keine vernünftige Politik entstehen.

Und eigentlich müssten sich auch SPD, BfH und FDP wirklich fragen, ob mit einer grünen Partei in dieser deprimierenden Verfassung überhaupt verantwortbar Stadtpolitik gestaltet werden kann. Aber vielleicht ist das ja sogar das Kalkül von Oberbürgermeister Claus Kaminsky und seinen Sozialdemokraten: Lieber weiterhin ein Bündnis mit zerstrittenen Grünen, einer nach ihrer krachenden Wahlniederlage eigentlich fürs Regieren nicht mehr gebrauchten, aber gnädigerweise geduldeten FDP und weiterhin harmlosen „Bürgern für Hanau“, als eine Koalition mit den Christdemokraten, die nach langen Jahren der Selbstzerfleischung in Folge der Härtel-Abwahl allmählich wieder in Tritt kommen.

Was steckt hinter der kürzlich bekannt gewordenen fristlosen Kündigung des ehemaligen Geschäftsführers der Hanauer Baugesellschaft, Carl-Edward Günther? Detaillierte Auskünfte zu dieser Frage mahnen die Linken in der Hanauer Stadtverordnetenversammlung vom Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzenden Claus Kaminsky an. Und mit dieser Forderung haben sie auch vollkommen recht. Denn immerhin geht es möglicherweise auch um die fehlerbehaftete Verwendung von Steuergeldern, die letztlich zu Günthers Rauswurf geführt haben mag. Über Mängel im Zusammenhang mit der Baubetreuung der neuen Hanauer Feuerwache, für die Günther in seiner Co-Funktion als Geschäftsführer der Bauprojekt Hanau GmbH zuständig war, wurde bereits spekuliert. Und die hat den Steuerzahler immerhin rund 22 Millionen Euro gekostet. Wo öffentliche Gelder ausgegeben werden, hat der Bürger letztlich auch einen Anspruch auf öffentliche Aufklärung. Und auch darauf zu erfahren, ob der Aufsichtsrat der städtischen Gesellschaft seiner Kontrollfunktion vollumfänglich gerecht geworden ist.